

## **Diskussion der Bundesnetzagentur zum Marktstammdatenregister**

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat ein Diskussionspapier für die Entwicklung eines Marktstammdatenregisters (MaStR) vorgelegt und zu einer umfassenden Stakeholder-Diskussion eingeladen. Ausgehend von entsprechenden Festlegungen im Rahmen der Neufassung des EEG im Sommer 2014 (Anlagenregisterverordnung und Verordnungsermächtigung in § 53b EnWG) geht es dem Diskussionspapier perspektivisch um ein umfassendes Register für (einen Großteil der) Akteure und Anlagen des Strom- und Gasmarktes, anders gesagt: Möglichkeiten zu erschließen, die Stammdaten des Energiemarktes in einem zentralen Register zusammenzuführen. Es soll die behördlichen Registrierungspflichten bündeln und zugleich dem Markt einen Abgleich der Stammdaten der Akteure und Anlagen bereitstellen.

Die nachfolgenden Anmerkungen beschränken sich gemäß dem nicht-operativen Charakter der 8KU auf einige grundlegende und strategische Aspekte. Zu den ins Detail gehenden Fragen des Diskussionspapiers verweisen wir – nicht zuletzt zum Zwecke der leichteren Synchronisierung – auf die entsprechenden Stellungnahmen von VKU und BDEW, an denen auch die Praktiker aus dem Kreis der 8KU mitgewirkt haben.

Die wesentlichen Ziele des Registers, Entbürokratisierung behördlicher Meldepflichten, Vermeidung von Doppelarbeit und sichere Datenqualität dienen auch dem Gelingen der Energiewende insgesamt, da unstreitig die Zusammenfassung von immer mehr Erzeugungsanlagen zu einem funktionierenden System der Energieversorgung zu den größten Herausforderungen gehört.

Damit sind zugleich die Anforderungen an das Register formuliert: Erstens müssen die behördlichen und administrativen Ansprüche und Vorgaben valide und qualitätssicher erfüllt sein, zweitens sollte es möglichst unbürokratisch und ohne Doppelarbeit möglich sein, die Daten intern zu erheben und zur Verfügung zu stellen. Sollten Marktprozesse auf diesen Daten aufbauen, so müssten diese auf möglichst einfache (und diskriminierungsfreie) Art und Weise nutzbar sein, was viertens höchste Ansprüche an die Einhaltung wettbewerblicher Kriterien stellt.

Die BNetzA bestätigt in ihrem Papier, dass für den Energiemarkt aktuell eine Vielzahl von behördlichen Registern besteht, die unterschiedlichen Zwecken dienen. Dabei müssen sich die Akteure des Strom- und Gasmarktes bei verschiede-

8KU GmbH  
Schumannstr. 2  
10117 Berlin

Telefon 030 24048613  
Telefax 030 23455839  
E-Mail kontakt@8ku.de  
Internet www.8ku.de

Ihr Ansprechpartner:  
Dr. Matthias Dümpelmann  
Geschäftsführer 8KU

Berlin, 19. Dezember 2014

nen Stellen nach divergierenden Verfahren registrieren und ihre Daten jeweils aktuell halten. Derzeit ist also das Kriterium einer möglichst geringen Bürokratie klar nicht erfüllt. Die Überlegungen der BNetzA skizzieren richtigerweise das Ziel, unübersichtliche und uneinheitliche Datenbestände zu synchronisieren.

Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass ein qualitätsgesichertes Register von erheblichem Nutzen wäre - allerdings nur, wenn die Daten auch valide, aktuell und verlässlich sind. Denn sonst entsteht eine informatorische Parallelwelt.

Die im Diskussionspapier vorgeschlagene Trennung des behördlichen und nicht-behördlichen Datenaustausches ist solange unausweichlich, wie die Daten nicht rechtssicher valide sind. Eine Abwicklung von Marktprozessen über das Register soll daher (zunächst) nicht erfolgen. Es sollte jedoch vorausgesetzt werden, dass die im MaStR erfassten Daten zutreffend und aktuell sind, um wenigstens einen Abgleich mit nicht behördlichen Meldepflichten vornehmen zu können. Primärer Zweck des MaStR sollte es daher sein, Daten für Behörden und Politik zur Verfügung zu stellen.

Die Stammdatenmeldungen aller behördlichen Meldepflichten sind auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren. Ein geeignetes Optimum ist die perspektivische Reduzierung auf nur noch zwei verschiedene Stammdatenaustausche: einen behördlichen (MaStR) und einen brancheninternen Austausch, der marktlichen Zwecken dient.

Beide verschiedenen Austausche verfügen über eine gemeinsame Schnittmenge an Stammdaten – die „klassischen“ Stammdaten wie Standort, Anlagenbetreiber, Spannungsebene, usw. Der Datenumfang, der über die „klassischen“ Stammdaten hinausgeht, umfasst die spezifischen Stammdaten, die aus dem konkreten Verwendungszweck resultieren.

Nachfolgend nehmen wir zu ausgewählten Einzelfragen Stellung:

An nationale behördliche Register wird eine Vielzahl von Daten gemeldet, vom PV-Meldeportal über das Anlagenregister für neue EEG-Anlagen (exklusive PV), das Herkunftsnachweisregister bis hin zur Markttransparenzstelle für über REMIT hinausgehende Daten. Erhoben werden statistische Grunddaten, Daten zum CO<sub>2</sub>-Monitoring, Kraftwerksdaten durch UBA und BNetzA wie auch Monitoringdaten durch die BNetzA. Hinzu kommen europäische behördliche Register und Meldepflichten für ENTSO-E oder REMIT. Hinzu kommen netzbezogene und weitere Meldungen (etwa. EEX-Transparenzplattform). Es sollte Ziel sein, möglichst viele behördliche Register über das MaStR in einem zu vereinheitlichenden Datenformat abzuwickeln,

wobei die Informationstiefe und –dichte im Sinne einer möglichst weit gehenden Vereinfachung zu prüfen sind. Dies bedingt auch die Mitsprache der betreffenden anderen Einrichtungen.

Die Erfassung weiterer Marktakteure (wie von der BNetzA vorgeschlagen), von Strom- und Gasnetzbetreibern bis zu Bietern in EE-Ausschreibungsverfahren bedeutet zwar einen höheren Anfangsaufwand, dürfte aber der Datenintegrität und –nutzbarkeit dienlich sein und ist daher zu begrüßen. Der Umfang ist jedoch strikt zu limitieren im Sinne des Schutzes einerseits von wettbewerbsrelevanten, jedenfalls individuell-strategischen und andererseits personenbezogenen Daten. Neben den technischen und datenbezogenen Fragestellungen ist insbesondere mit Blick auf die Zielstellung des MaStR von Belang, ob und wie die gesammelten Daten durch den Markt genutzt werden können.

Zum einen ist hierzu festzuhalten, dass die Verwendung von Daten im Rahmen von „Open-Data-Konzepten“ (bei Sicherung vertraulicher Daten) sinnvoll ist, etwa in Bezug auf die Unterstützung von Planungs- und Entwicklungsfragen der Übertragungs- und der Verteilnetze.

So bestünde ein konkreter Nutzen z. B. für Direktvermarkter, wenn eine Neuanlage einschließlich Zählpunktbezeichnung so rechtzeitig vor Inbetriebnahme in dem Register aufgenommen ist, dass der Vermarkter noch die Direktvermarktung ab Datum der Inbetriebnahme anmelden kann. Dabei wäre auch eine Information zu einer eventuellen Tranchenbildung (prozentual) notwendig.

Zum heutigen Zeitpunkt gibt es keine verlässliche und einheitliche Datenbank über (dezentrale) Stromerzeugungsanlagen. Die Stammdaten der Übertragungsnetzbetreiber in Bezug auf EE-Anlagen sind oft von unzureichender Qualität. Doppelmeldungen, falsche Leistungseinträge, falsche Postleitzahlen sind häufig; demgegenüber werden etwa zwischenzeitlich erfolgte Repowering-Maßnahmen bei Wind nicht oder nicht vollständig erfasst. Nabenhöhe, Geokoordinaten usw. werden nicht (zumindest nicht qualitätsgesichert) erhoben. Die Zuordnung zu Postleitzahlgebieten hilft wenig.

Laut Anlagenregisterverordnung werden auch Windenergie-Anlagen bei der BNetzA angemeldet. Für die Branche interessant wäre die Veröffentlichung dieser Anmeldedaten, um aus diesen Daten Rückschlüsse über die Höhe des Zubaus zumindest in einem Teil des kommenden 12 Monatszeitraums zu ziehen. Dies könnte analog zum PV-Register geschehen: Jeden Monat wird rückblickend die Anschlussleistung mit PLZ veröf-

fentlich – auch wenn die PLZ bei höherer EE-Durchdringung nicht mehr zeitgemäß ist.

Die theoretische Sinnhaftigkeit einer Nutzung von Stammdaten durch den Markt findet aber seine Grenzen in der Frage der garantierten Datenintegrität. Solange diese nicht auf der Basis einer klaren Verantwortlichkeit bei der BNetzA (inkl. Sanktionsfähigkeit) verbindlich vorliegt, dürfte der marktliche Zusatznutzen begrenzt sein. Sanktionen (Bußgelder ggü. Anlagenbetreibern) sollten – wenn überhaupt – durch die Behörde erfolgen, nicht durch den Entzug von Fördergeldern durch den Verteilnetzbetreiber (Strafen durch den Verteilnetzbetreiber wären unverhältnismäßig beim Thema Datenmeldung).